

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien
am Montag, dem 21.11.2016, im Ausschusszimmer des Kreishauses
Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:10 Uhr**

			Seite
.	<u>I Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		4
2.	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2017	162/2016	5
3.	Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2016	153/2016	7
4.	Projekt ElternTalk	170/2016	8

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Arnkens-Homann, Dagmar
Birkhahn, Astrid
Bitter, Margret
Blex, Klaus Dr.
Brinkmann, Sandra
Brockmann, Dagmar
Budde, Reinhard
Claßen, Anne
Fiedlers, Nils
Grap, Valeska
Hein-Kötter, Dorothea
Kraft, Herbert
Luster-Haggeney, Rudolf
Minor, Kristina
Pinnekamp, Ursula
Riveiro Vega, Sandra
Schmal, Ferdi
Schulze-Niehues, Barbara-Anna Rektorin
Spanke, Michael
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
von der Verwaltung
Börger, Heinz Dr.
Funke, Stefan Dr.
Niemerg Rita
Rüting, Wolfgang
Westermann, Luke
Wiesmann, Frank

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Cajo, Karina	
Hermans, Pia	
Horstmeyer, Heinz	
Kost-Ateser, Annegret	Vertretung für Herrn Ralf Topp
von der Verwaltung	
Darpe, Susanne	
Gericke, Olaf Dr.	

Herr Luster-Haggeney begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Für die heutige Sitzung haben sich **Frau Cajo**, **Frau Bothe** und **Frau Darpe** entschuldigt. Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung neben **Herr Dr. Börger** und **Herr Rüting** auch **Herr Dr. Stefan Funke** (Bzgl. Haushaltsplanentwurf 2017) und **Frau Niemerg** (Projekt ElternTalk) teil.

Herr Luster-Haggeney stellt fest, dass der Ausschuss mit der Einladung vom 15.09.2016 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt er die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Luster-Haggeney weist abschließend daraufhin, dass **Frau Minor** in dieser Wahlperiode erstmalig an der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien teilnehmen und daher verpflichtet werden müsse. Durch Vorlesen der Verpflichtungsformel und das Erheben von ihrem Platz bekundet **Frau Minor** ihr Einverständnis.

I Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Herr Luster-Haggeney stellt fest, dass die anwesenden Einwohner keine Fragen haben.

2. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2017**162/2016**

Herr Luster-Haggeney weist daraufhin, dass eine Änderungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2017 vorliegt. Anschließend werden die einzelnen Seiten des Haushaltsplanentwurfs 2017 im Zuständigkeitsbereich des Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien überprüft.

Zu Seite 258 des Haushaltsplanentwurfs berichtet **Herr Dr. Börger**, dass die Bundestagsfraktionen SPD und CDU/CSU noch in diesem Jahr die UVG Leistungen anpassen wollen. Demnach sollen ab dem 01.01.2017 die Unterhaltsvorschussleistungen bis zur Volljährigkeit des jungen Menschen gezahlt werden. Hieraus ergibt sich ein geplanter Mehraufwand in Höhe von 1,75 Mio. Euro für den Kreis Warendorf. Da gleichzeitig davon ausgegangen wird, dass das Land die Kosten erstattet, wird auch entsprechender Ertrag in Höhe von 1,75 Mio. Euro eingestellt. Sollte das Land NRW den Aufwand für die Anpassungen nicht tragen, wird eine Klage gegen das Land in Betracht gezogen. Außerdem merkte **Herr Dr. Börger** an, dass 85% der Anspruchsberechtigten gleichzeitig Leistungen nach dem SGB II beziehen, bei denen die UVG Leistungen angerechnet werden. Einen Nutzen für die Anspruchsberechtigten ergäbe sich also nicht.

Es schloss sich eine Diskussion zwischen **Frau Arnkens-Homan**, **Frau Birkhahn**, **Frau Brockmann** sowie **Frau Grap** über die kurzfristige Umsetzung der Gesetzesänderung durch die Bundesregierung an. **Frau Arnkens-Homan** führte aus, dass die Änderungen des UVG sozialpolitisch positiv zu bewerten sei und erklärt, dass es richtig sei den erwarteten Mehraufwand im Haushalt anzusetzen.

Anschließend macht **Herr Dr. Funke** die haushaltsrechtliche Notwendigkeit der Veranschlagung deutlich.

Frau Strecker schlägt vor, die Familiengutscheine (Seite 267) noch intensiver zu bewerben und effektiver auf die Familien zuzugehen, damit die Gutscheine häufiger in Anspruch genommen werden. Diese Anregung nahm **Herr Rüting** auf.

Herr Dr. Börger und **Herr Rüting** erläutern anschließend den Mehrertrag von 8.000 Euro im Produkt Soziale Prävention und frühe Hilfen auf Seite 269 des Haushaltsplanentwurfs 2017.

Im Anschluss stellt **Herr Wiesmann** die geänderten Kennzahlen auf den Seiten 278 und 287 dar. Ebenso verdeutlicht er die Änderungen und den Mehrertrag von 100.000 Euro im Produkt Kinder in Tageseinrichtungen, Tagespflege und Spielgruppen auf Seite 295 im Haushaltsplanentwurf 2017.

Abschließend stellt **Herr Dr. Funke** fest, dass das Jugendamt des Kreises Warendorf im Vergleich sehr kostenbewusst handelt. Hierzu verweist er auf die Ergebnisse des Vergleichsrings der KGSt, die in der letzten Sitzung dargestellt wurden. Ebenso macht **Herr Dr. Funke** deutlich, dass der Hebesatz der Jugendamtsumlage im Kreis Warendorf im Vergleich zu den anderen Kreisen im Münsterland sehr niedrig sei. Zudem belege die Entwicklung der Transferleistungen in der Jugendhilfe das kostenbewusste Handeln. Die Leistungen sind vom Jahr 2014 bis zum Jahr 2017 um 21,4

% moderat gestiegen. Im Vergleich mit den Jugendämtern Ahlen, Beckum und Oelde sei dies ein guter Wert.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf des Haushaltsplanentwurfs 2017 sowie der Änderungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2017 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

3. Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2016**153/2016**

Herr Rüting stellt in aller Kürze den Sozialleistungsbericht vor. Da es kaum Veränderungen zum Vorbericht gäbe, verzichtet er auf eine differenzierte Vorstellung einzelner Bereiche. Er betont, dass der Kreis Warendorf in der Jugendhilfe ein umfassendes Angebot zur Verfügung stelle.

Hieran schließt sich eine Verständnisfrage von **Frau Birkhahn** zum Thema Betreuung von seelisch und psychisch Kranken an. **Herr Rüting** erläutert, dass es sich um die Betreuung nach dem Betreuungsrecht für Erwachsene handelt.

Frau Arnkens-Homann fragt bei der Verwaltung an, ob es zu Beginn des nächsten Jahres möglich sei, eine Präsentation zur weiteren Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach der Jugendhilfe zu erhalten.

Herr Dr. Börger stimmt diesem zu und machte deutlich, dass vor allem das Land NRW gefordert sei, eine Schulpflicht auch für Flüchtlinge ab Volljährigkeit einzuführen, um die Integration zu fördern. Dieser Aussage stimmt **Frau Birkhahn** zu.

Frau Riveiro-Vega fragt ergänzend zum Sozialleistungsbericht 2016, wieso der Aufwand für die Jugendsozialarbeit von 84.000 Euro im Jahr 2013 auf 13.000 Euro im Jahr 2014 zurückgegangen ist. Hierzu führt **Herr Rüting** aus, dass es in diesem Bereich zu Umstrukturierungen gekommen sei und die Aufgaben an anderer Stelle wahrgenommen werden.

Weiterhin fragt **Frau Grap** nach, warum die Anzahl der integrativen Kinder rückläufig ist. **Herr Rüting** erklärt hierzu, dass unter anderem eine intensivere Prüfung des Landesjugendamtes der Grund für den Rückgang sei.

(Eine Übersicht über die Entwicklung der Zahlen in den vergangenen Jahren ist der Niederschrift beigelegt.)

Herr Luster-Haggeney verliest abschließend den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Projekt ElternTalk**170/2016**

Frau Niemerg stellt dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien das Projekt „ElternTalk“ vor. Das Projekt solle 2017 starten und wird vom Land gefördert. Ziel des Projektes sei der Austausch der Eltern untereinander in Erziehungsfragen zu unterschiedlichen Themen. Der Austausch solle zwischen vier bis acht Elternpaaren stattfinden und in privaten Räumlichkeiten erfolgen. Die Moderation wird von den Eltern selbst übernommen. Sie werden von Frau Niemerg geschult.

Frau Brockmann fragt nach, wie die Eltern über das Projekt informiert werden sollen. Hierauf erläutert **Frau Niemerg**, dass das Projekt langsam eingeführt werden und dann von Elternabend zu Elternabend bekannter werden soll. Weiterhin werde das Projekt über das Netzwerk Frühe Hilfen und Schutz bekannt gemacht.

Frau Pinnekamp fragt ergänzend, welche Themen an den Abenden besprochen werden sollen. **Frau Niemerg** erläutert, dass zunächst einmal Themen wie die Nutzung des Smartphones, des Tablets oder des TVs in den Sitzungen besprochen werden sollen. Man kann sich aber noch weitere Themen vorstellen.

Frau Hein-Kötter merkt an, dass die Schulen für das Bewerben des Projektes ein guter Ansprechpartner sind.

Herr Schmal bittet darum eine Auflistung zu bekommen, wer die ehrenamtliche Moderationsrolle übernehme.

Das Projekt trifft im Allgemeinen auf große Zustimmung bei den Mitgliedern des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Herr Luster-Haggney verliest abschließend den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt **Herr Luster-Haggeney** um 16:10 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.



Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

gez.

Dr. Heinz Börger
Schriftführer